

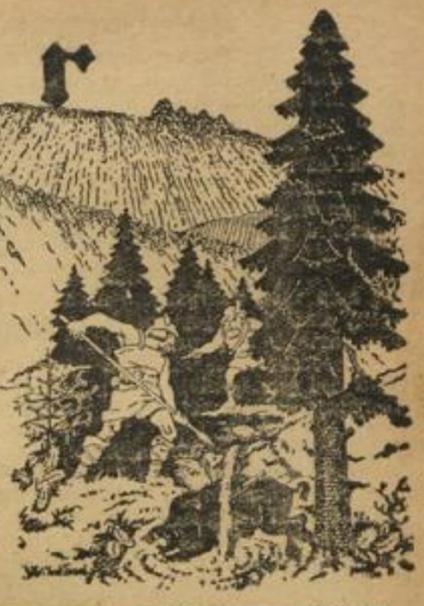
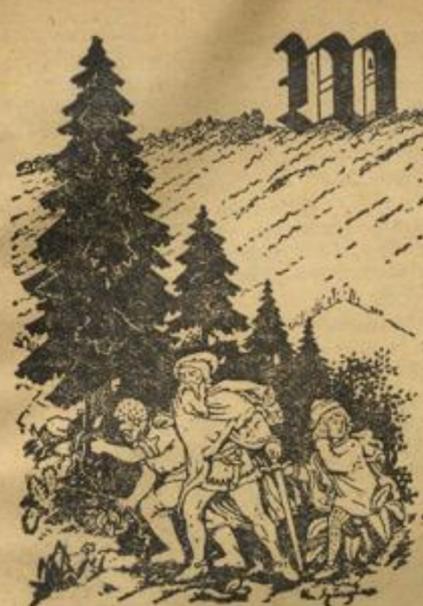
Milhabader Tagblatt

Enztalbote Wildbader Zeitung
Amtsblatt und Anzeiger für Wildbad
und das obere Enztal

Ercheint täglich, ausgen. Sonn- u. Feiertage. Bezugspreis monatlich 1.40 RM, bei 10 Hens gelistet; durch die Post bezogen im inländischen Verkehr monatlich 1.70 RM. — Einzelnummern 10 Pf. — Postkonto Nr. 50 bei der Oberamtspoststelle Neuenbürg Zweigstelle Wildbad. — Bankkonto: Enztalbank G. m. b. H., Wildbad. — Postbetriebs-Gemeinschaft Wildbad. — Postfachkonto 29174.

Anzeigenpreis: Die einseitige Zeile oder deren Raum im Bestat. Grundpreis 15 Pf., anderhalb 20 Pf. — Reklamzeile 30 Pf. Rabatt nach Tarif, für Offerten und bei Anstufung werden jeweils 10 Pf. mehr berechnet. — Schluss der Anzeigenmacher täglich 9 Uhr sonntags. — In Kontenstellen oder wenn gerichtliche Betreibung notwendig wird, fällt jede Nachlassgewährung weg.

Verlag und Schriftleitung: Theodor Graf, Wildbad, Wilhelmstraße 66. Telefon Nr. 479. — Wohnung: Hans Volmer.



Bedrohliche Lage in Ägypten

Kairo, 22. Juli. In Kairo herrscht lähmende Angst. Die nationalistische Wafdpartei hatte beschlossen, trotz der Verordnungs-Berordnung des Königs Fuad, der sich in einem Schloß bei Heliopolis aufhält, das Parlament auf 21. Juli einzuberufen. Die Wafdpartei, die die große Mehrheit im Parlament hat, hielt denn auch eine Sitzung ab, die von abends 6 Uhr bis Mitternacht dauerte. Die Regierung hatte den Hof des Parlamentsgebäudes und die Zugangsstraßen durch kriegsmäßig ausgerüstete Truppen besetzen lassen und ihnen den Befehl erteilt, im Fall eines Zusammenstoßes keinen Unterschied zwischen Abgeordneten und dem Publikum zu machen. Die Militärtruppen waren am 21. Juli schon früh hochgezogen, um den Zustrom der Festlichen, der sich aus der Umgegend nach der Stadt ergoß, aufzuhalten. Die Väden sind geschlossen. Der Börse war militärischer Schutz zugesagt, die Eisenbahnbrücken in der Richtung nach Alexandrien und Port Said sind bewacht.

Die Wafdpartei gab bekannt, daß sie das ganze Land zur Sabotage der Regierung aufrufen werde, wenn das Kabinett Sidky Pascha sich nicht dem Parlament stelle und um eine Vertrauensklärung bitte — die selbstverständlich von beiden Kammern einstimmig verweigert würde. Es wurden folgende Beschlüsse gefaßt: 1. Jeder Ägypter muß die Verfassung mit allen Mitteln verteidigen. 2. Niemand soll mit der neuen Regierung zusammenarbeiten. Wenn nach Ablauf eines Monats das Parlament wieder eröffnet wird und die Regierung nicht erscheint, wird sie als nicht verfassungsmäßig betrachtet. 3. Die Mitglieder der Wafdpartei schwören, die Beschlüsse streng zu befolgen.

Am König Fuad wurde ein Sonderbote geschickt, er möge das Parlament sofort zu einer Sondertagung einberufen. Das Bescheid ist von zwei Dritteln der Mitglieder beider Kammern unterzeichnet. Dadurch soll offenbar die Verantwortung für Unruhen, die sich bei einer Ablehnung ergeben sollten, auf den König geworfen werden. Zahlreiche wohlhabende Familien und Ausländer haben Kairo verlassen.

Bei einem Zusammenstoß in Kairo wurden 4 Zivilisten erschossen, 89 verwundet und 323 verhaftet. Die ägyptischen Truppen stehen unter dem Befehl englischer Offiziere. Die Stadt gleicht einem Kriegslager.

Die Wafd-Partei hat in Port Said Kundgebungen veranstaltet. Die ägyptischen Truppen gaben Feuer. Ein Mann wurde getötet, 21 verletzt. Die Truppen hatten 16, die Polizei 59 Verletzte. Die Nachricht, daß die Hafensubstanz in den Händen der Nationalisten befinde, wird amtlich für unrichtig erklärt.

Die Unruhen in Ägypten sind auf Rechnung Englands zu buchen. Vergewegen wir uns die Ereignisse der letzten Jahrzehnte. England verständigte sich 1885 mit Frankreich hinsichtlich Ägyptens und setzte sich, ungeachtet der türkischen Souveränität, in Ägypten fest. Der Aufstieg des Mahdi, der vorherigen ist und bereits wieder kommen wird, um den islamischen Idealfstaat zu errichten, gab England Gelegenheit, mit einem englisch-ägyptischen Heer unter General Kitchener den Mahdi und seine fanatischen Derwischorden 1898 vernichtend zu schlagen, danach eine englisch-ägyptische „Gemeinsamkeitherrschaft“ im Sudan zu errichten, die von Ägypten losgetrennt und unter einen englischen Generalgouverneur (Sirdar) gestellt wurde, den der ägyptische Bizekönig auf Vorschlag Englands ernennen, aber nur mit dessen Zustimmung absetzen darf. 1914 erklärte Ägypten — zweifellos auf Englands Betreiben, das das Hoheitsrecht der Türkei aufhob und Ägypten als britisches Protektorat erklärte — den Mittelmächten den Krieg und setzte gleichzeitig an Stelle des bisherigen englischen Generalkonsuls einen englischen Generalbevollmächtigten, den High Commissioner, ein, der von da ab den wirklichen Herrn Ägyptens darstellte. Der 1917 zur Regierung gelangende König Fuad I. mußte nach Englands Weisungen regieren, fand jedoch schon 1919 von Seiten der Nationalisten, der sogenannten Wafd-Partei, unter Zaghlul Pascha, der völlige Unabhängigkeit von England forderte, entschiedenen Widerstand. Zaghlul Pascha wurde verhaftet, deportiert, es brachen schwere Unruhen aus, England machte einige „Zugeständnisse“ (Aufhebung des Protektorats und Anerkennung der Unabhängigkeit Ägyptens, die englischen Truppen bleiben aber im Lande), Zaghlul Pascha kehrte zurück und Fuad mußte ihn unter dem Druck der stark nationalistisch ausfallenden Parlamentswahlen 1923 zum Ministerpräsidenten ernennen. Unter seine Regierung fällt die Ermordung des englischen Generalgouverneurs des Sudans durch ägyptische Nationalisten, worauf England den Abzug der ägyptischen Truppen aus dem Sudan veranlaßte, der wohl nach dem Namen „Anglo-Egyptian Sudan“ führt, jedoch, von einigen unwesentlichen Posten abgesehen, die Ägypter auch heute noch innehaben, sie kaum noch von einer rein englischen Kolonie unterscheidet.

1927 stirbt Zaghlul Pascha und Naha Pascha wird

Tagesniebel

Zum Reichswahlleiter wurde wieder der Präsident des Statistischen Reichsamts, Geh. Regierungsrat Prof. Dr. Wagemann und zu seinem Stellvertreter der Direktor im Reichsamt Geh. Rat Meisinger bestellt.

Der Bundesvorstand des Reichslandbunds trat am Dienstag nachmittag in Berlin zusammen, um über die Stellungnahme im Wahlkampf Beschluß zu fassen. Es wurde u. a. erörtert, eine einheitliche Bauern- und Landvolkpartei zu schaffen, an der außer dem Reichslandbund die christlich-nationalen Bauern und der Bayerische Landbund sich beteiligen sollten.

Der Bundesrat in Washington hat den Londoner Flottenvertrag mit 58 gegen 9 Stimmen genehmigt.

Führer der Wafd-Partei und Ministerpräsident. Ihm, als energischen und die absolute Unabhängigkeit Ägyptens anstrebenden Nationalisten, geht es um Klärung dieser Unabhängigkeit. Er verhandelt im Frühjahr d. J. mit dem englischen Außenminister Henderson in London, kehrt aber unverrichteter Dinge wieder zurück, da sich England in den Fragen der britischen Militärkontrolle über den Sudan, der von ägyptischer Seite geforderten Einwanderung und seiner paritätischen Verwaltung unnachgiebig zeigt, wenn es auch wiederum hinsichtlich der Räumung Ägyptens von britischem Militär „Zugeständnisse“ machte. Hierüber — und auch über eine zurzeit herrschende schwere Krise im Baumwollablag — entsteht allmählich in Ägypten eine gereizte Stimmung gegen England, die im Parlament in den Kreisen der Wafd-Partei zu scharfer Kritik führt, worauf der König das Parlament schließt und an Stelle Naha Paschas Smail Sidky Pascha zum Ministerpräsidenten ernannt, der als Englandfreund gilt. Als Antwort darauf kommt es an verschiedenen Orten zum Aufbruch. In Kairo finden Kundgebungen statt, bei denen die Menge die Polizeikette durchbricht, mit Weilen die Kette sprengt, die mit Fuads Siegel die Tür zum Parlament verflucht, und gewalttätig eindringt. In Damahur, dem mit über 50 000 Einwohnern im Delta gelegenen, großen Stapelplatz für Baumwolle und Hauptstadt der Provinz Behera, geht es noch wilder zu.

Englische Blätterstimmen zu den Vorgängen

London, 22. Juli. Die Ereignisse in Ägypten nehmen in der Presse einen breiten Raum ein. „Daily Herald“ meldet, in einflussreichen Kreisen der ägyptischen Hauptstadt Kairo, die nicht der Wafdpartei angehöre, werde bestimmt angenommen, daß König Fuad abdanken werde. Man rechne auch mit einem Rücktritt des Ministerpräsidenten Sidky Pascha. Es sei als Ersatz für ihn eine Persönlichkeit in Aussicht genommen, die die Wafdpartei zufriedenstellen würde. Die Zeit sei sehr nahe, wo König Fuad und seine Ratgeber entweder dem Willen des Parlaments nachgeben oder offen das Gesetz verletzen müssen. Gemäß der Verfassung müsse der König die geforderte außerordentliche Tagung des Parlaments einberufen. Denn sie wird eine Vertrauensklärung gegen Sidky Pascha annehmen, was verformungsmäßig seinen Rücktritt zur Folge haben müßte. — „Daily News and Chronicle“ schreibt: Die schwierige Lage Ägyptens ist diesmal nicht ein Streit mit Großbritannien (?), sondern ein Streit zwischen König Fuad und dem ägyptischen Volk. Der König würde die Verfassung mißachten, wenn er den Wunsch der Wafdpartei, eine außerordentliche Parlamentstagung einzuberufen, verwerfen sollte. Fuads einzige Hoffnung sei, infolge der gefährlichen Ausschreitungen der Wafdanhänger militärische Unterstützung seitens Englands zu erzwingen. — England wäscht seine Hände wieder in Unschuld.

Hindenburg in Koblenz

Reichspräsident v. Hindenburg hat am Dienstag vormittag 8.15 Uhr mit Begleitung Eiville auf dem Dampfer „Main“ verlassen und traf um 11.35 Uhr am Deutschen Eck in Koblenz ein. Eine unübersehbare Menge begrüßte mit brausem Jubel den Reichspräsidenten, der von den Spitzen der Behörden empfangen wurde. Eine Tochter des Oberbürgermeisters Ruffell überreichte dem Reichspräsidenten einen Blumenstrauß. Der Oberbürgermeister hielt eine kurze Ansprache. Scharen von Kindern entboten einen besonderen Willkommensgruß. Ein Schülchor sang ein Lied. Hindenburg sprach dem Leiter des Chors seinen Dank aus. Jungen und Mädchen drängten sich zu ihm, so daß er sich kaum einen Weg durch die Kinder bahnen konnte. Dann bestieg der Reichspräsident das mit Blumen geschmückte Auto, das ihn nach der Stadt brachte.

Im Stadthaus begann um 12.30 Uhr die amtliche Feier. Der Oberpräsident der Rheinprovinz, Dr. Frick, hielt eine Begrüßungsansprache, in der er der Reichsregierung und der preussischen Regierung für die Hilfe während der schweren Besetzungszeit dankte.

Es folgte sodann eine Ansprache des Reichsverkehrsministers v. Guérard, worauf Oberbürgermeister Dr. Ruffell, der ursprünglich von der Rednerliste gestrichen worden war (die Verfügung wurde infolge des scharfen Widerspruchs der städtischen Kollegien dann wieder zurückgezogen), dem Reichspräsidenten den Willkommensgruß der Stadt entbot. Er überreichte dem Reichspräsidenten als Ehrenbürger von Koblenz den Ehrenschild der Stadt und teilte mit, daß die Stadiverordnetenversammlung beschlossen habe, eine Straße Hindenburgstraße und eine andere Stresemannstraße zu nennen.

Nach einer weiteren Begrüßung durch den preussischen Ministerpräsidenten Braun dankte

Reichspräsident von Hindenburg

für den festlichen Empfang und führte u. a. aus: Am heiligen Tag, wo Deutschland die nunmehr vollzogene Räumung und Wiedervereinigung des Rheinlands mit Staat und Reich feiert, gilt unser erstes Empfinden den vielen Opfern der langen Leidenszeit. Wir gedenken in Trauer der Toten, die hier für das Vaterland fielen; wir erleben noch einmal in der Erinnerung das große Leid, das diese Notzeit des Rheinlands allen Kreisen der Bevölkerung auferlegt hat. Wir gedenken aber auch mit stolzer Befriedigung der gewissenhaften Pflichterfüllung und der vorbildlich standhaften Haltung der Beamenschaft in dem besetzten Gebiet, von der zahlreiche ihre Treue zu Eid und Pflicht mit dem Tode besiegelt haben, und wir grüßen in höchster Anerkennung die Bevölkerung der Rheinprovinz selbst, die in geschlossener Einigkeit aller Stände in zäher Geduld ausharrte, bis die Tage der Freiheit wiederkamen. Unvergessen werden uns allen jene schweren Wochen und Monate sein, da verräterische Elemente versuchten, rheinisches Gebiet vom Vaterland loszulösen, und sich in einmütigem freien Zusammenschluß Bauern und Bürger, Arbeitgeber und Arbeitnehmer, Beamte und Studenten zusammenschlossen, um, obwohl waffenlos, diesen verbrecherischen Anschlag auf deutsches Land abzuwehren und die Einheit des Reichs zu retten. Umtränzt von Dichtung und Geschichte ist uns der Rhein zum Schicksalsstrom Deutschlands und zum nationalen Symbol geworden. Die harten Jahre der Not, die heute nun hinter uns liegen, haben diesem Symbol neuen Inhalt gegeben; der Rhein ist noch mehr als je zum Wahrzeichen der deutschen staatlichen Einheit und unseres Willens zur Selbstbehauptung geworden. Möge das nun befreite rheinische Gebiet, das so lange in seiner staatlichen und wirtschaftlichen Entwicklung gehemmt war, einer neuen Blüte entgegengehen! Möge aber auch die staatliche Einheit, der wir heute freudig gedenken, stets vom Geist der Einigkeit befeuert sein, der dieses Land am Rhein in seinen schwersten Tagen führte und zu dem befähigte, was wir heute dankbar feiern! Mit diesem Wunsch grüßen wir den deutschen Rhein, grüßen wir unser geliebtes Vaterland, indem wir rufen: Deutschland, es lebe!

Darauf wurde das Deutschlandlied gesungen.

Unglücklicher Ausgang der Befreiungsfeier.

Koblenz, 22. Juli. Nach Abschluß der Beleuchtung der Feste Ehrenbreitstein, des Deutschen Ecks in Koblenz strömte die Masse über die schwache Pontobrücke am Schloßhafen in Koblenz-Luetzel. Als sich etwa 100 Menschen auf der Brücke befanden, brach diese zusammen und sämtliche Personen fielen ins Wasser. Der größte Teil ertrank. Bis jetzt sind 38 Leichen geborgen.

Neue Nachrichten

Einberufung des Reichstagsausschusses zur Wahrung der Rechte der Volksvertretung

Berlin, 22. Juli. Wie verlautet, wird Reichstagsabgeordneter Henke (Soz.) als Vorsitzender des Reichstagsausschusses zur Wahrung der Rechte der Volksvertretung, der auch nach der Auflösung des Reichstags weiter besteht, nach Erlass der neuen Notverordnungen, also voraussichtlich Ende dieser oder Anfang nächster Woche, den Ausschuh einberufen. Damit dieser zu den neuen Notverordnungen Stellung nehme. Von den 28 Mitgliedern des Ausschusses verteilen sich 9 auf die Sozialdemokraten, je 4 auf die Deutschen Nationalen und das Zentrum, je 3 auf die Deutsche Volkspartei und die Kommunisten, 2 auf die Wirtschaftspartei und je 1 Mitglied auf die Demokraten, die Bayerische Volkspartei und die Christlich-nationale Arbeitsgemeinschaft.

Wahlvorbereitungen

Die Notverordnung Wahlsparole?

Berlin, 22. Juli. Einige Blätter melden, Reichszentralrat Dr. Brüning wolle die neuen Notverordnungen, die erst nach der Rückkehr des Reichspräsidenten von der Reise (die wahrscheinlich am Donnerstag erfolgt) erlassen werden können, als Wahlruf benutzen, um mit ihr eine Sammlung und Verbreiterung der Front anzustreben. Auf der Grundlage der Notverordnung wolle er die Verhandlungen mit den Parteien führen. Der Wahlkampf der Regierung würde sich also in erster Linie gegen die Deutschnationalen und die Sozialdemokratie richten.

Konservative Staatspartei?

Berlin, 22. Juli. Die Besprechungen zwischen den einzelnen Rechtsgruppen, die die Bestandteile der neuen großen konservativen Partei bilden sollen, werden fortgesetzt. Nach Blättermeldungen soll die neue Partei „Konservative Staatspartei“ genannt werden und sie eine Stabilität (mit Westarp und Treviranus) und Landliste (Schiele) aufstellen.

Nach dem B.L. ist die Aufstellung des Ministers Treviranus für Westfalen ohne Wissen der vorkonservativen Zentrale erfolgt; er werde daher in einem andern Wahlkreis kandidieren. Auch Dr. Hugenberg kandidiere nicht wie bisher in Westfalen, sondern in Hessen-Nassau.

Italiens Interesse am deutschen Wahlkampf

Rom, 22. Juli. Die italienischen Blätter bekunden lebhaftes Interesse an der Reichstagsauslösung und dem bevorstehenden Wahlkampf in Deutschland. Dieses Interesse ist so stark, daß selbst der Kampf gegen die französische Presse vollkommen zurückgetreten ist. Die „Tribuna“ und der „Popolo d'Italia“ veröffentlichen eine Unterredung ihrer Berliner Vertreter mit Dr. Hugenberg, der zwei-felcher einer der bedeutendsten Männer in Deutschland sei. Hugenberg wandte sich nach dem Bericht der genannten Blätter entschieden gegen Briand's Europa und trat für den Gegenvorschlag Mussolini ein (Abrüstung und Aufhebung der Friedensverträge). Ohne Abrüstung und Nachprüfung der Verträge sei keine Festigung Europas möglich, und wissenschaftlich als Lüge nachgewiesene Kriegsschuld-begründung entziehe den Reparationen ihren moralischen Boden, die zum großen Teil zu Kriegsvorbereitungen gegen Italien verwendet werden. Jedensfalls werden die Tributzahlungen nach dem neuen Plan nur dann durchgehalten werden können, wenn Deutschland sich gegen Einfuhr sämtlicher Luxuswaren und aller nicht unbedingt notwendigen Rohstoffe sperre. Auch auf kolonialem Gebiet haben Deutschland und Italien gemeinsame Interessen. Wenn diese Ueberzeugung sich Bahn breche, würden sich beide Nationen bald über die zwischen ihnen herrschenden Reichsfragen einigen. Der große Staatsmann (Mussolini), dem Italien seine gegenwärtige Höhe verdanke, werde auch ihnen den scharfen Weitblick zeigen.

Mit Beziehung auf die Reichstagsauflösung telegraphierte Mussolini an den Generalsekretär der faschistischen Partei, Tuzimati: Dieses Ereignis bestätigt, daß die Lösung des Faschismus sowohl in Lehre als Praxis die Lösung immer zahlreicherer Strömungen wird, die nach Rom blicken und auch zugeben, von der politischen und moralischen Zivilisation zu entnehmen, die wir begonnen haben. Die Schwarzhemden (Faschisten) wissen, daß ihre Revolution noch nicht beendet, noch nicht beschlossen ist. Sie hat kaum begonnen und muß den andern die Beweise ihrer Macht bezeugen.

Südafrika gegen den britischen Zollbund

Kapstadt, 22. Juli. Der südafrikanische Finanzminister Havenga hat den von London aus betriebenen Plan der Zusammenfassung Großbritanniens, der Dominien und der britischen Kolonien in einem einheitlichen Zollgebiet für undurchführbar erklärt, jedenfalls werde Südafrika daran nicht teilnehmen. Havenga, der einer der Vertreter der Südafrikanischen Union auf der Reichskonferenz in London im Oktober ist, hat die Äußerung offenbar im Einverständnis mit dem Ministerpräsidenten General Herzog getan.

Generalfreibeibschluß der irischen Eisenbahner

London, 22. Juli. „Daily Telegraph“ berichtet aus Dublin: Der Nationalverband der Eisenbahner hat beschlossen, den Generalfreibeib auf der Großen Südbahn in Irland heute nacht 12 Uhr zu erklären. Der Streik würde die Lahmlegung des gesamten Eisenbahnverkehrs im irischen Freistaat außer auf der nach Belfast führenden Linie der

Großen Südbahn-Gesellschaft zur Folge haben. Man hofft jedoch, daß der Streik in letzter Stunde durch eine Regelung vermieden wird.

Türkischer Vorstoß gegen die Kurden

Konstantinopel, 22. Juli. Die türkischen Truppen haben die persische Grenze überschritten, um die Schlupfwinkel der kurdischen Banden anzugreifen. Ein etwa 80 Kilometer jenseits der Grenze entdecktes kurdisches Lager, in dem sich große Lebensmittel- und Munitionsvorräte befanden, wurde erobert und zerstört. Die Kurden zogen sich nach kurzem Kampf mit schweren Verlusten zurück. Das türkische Expeditionskorps trat darauf den Rückmarsch nach der Grenze an.

Württemberg

Stuttgart, 22. Juli.

Außerordentliche Landesversammlung der Sozialdemokratie. Am Sonntag, 10. August, findet in Stuttgart eine außerordentliche Landesversammlung der Sozialdemokratischen Partei Württembergs statt, bei der Reichstagsabgeordneter Keil über die Lage im Reich sprechen wird. Auf der außerordentlichen Landesversammlung wird die Aufstellung der sozialdemokratischen Kandidaten zur Reichstagswahl erfolgen.

Süddeutsche Textilmesse. In den Tagen vom 14. bis 16. September findet in der Gemerbehalle die 11. Süddeutsche Textil- und Bekleidungsmesse statt.

Reichspostflug nach Schweden. Vom 19. Juli an wird der Reichspostflug Hannover—Kopenhagen—Malmö—Stockholm ausgehoben. Dafür verkehren wie im Vorjahr vom 21. Juli bis 13. September Reichspostflüge von Stralsund nach Stockholm werktäglich ab Stralsund nachts 12.03 Uhr, an Stockholm 5.30 Uhr morgens. Diese Flüge verkehren in unmittelbarem Anschluß an die Nacht-D-Züge Berlin—Sagnis, ab Berlin 8.25 Uhr abends und Hamburg—Stralsund, ab Hamburg 7.38 Uhr abends. Die Flüge beschleunigen die Beförderung und Zustellung der Sendungen nach Schweden und Finnland um 12 bis 20 Stunden.

Warenproben nach dem Ausland. Im Verkehr mit Britisch Ounana, Gibraltar, Ost-Jordanland und Südrhodessa sind fortan auch Warenproben mit zollpflichtigem Inhalt zugelassen. Warenproben dieser Art dürfen jedoch nur geringen Handelswert haben und müssen mit dem vorgeschriebenen grünen Zollzettel gekennzeichnet werden.

Stuttgart, 22. Juli. Abhaltung der Weihnachtsmesse. In der Wirtschaftsabteilung des Gemeinderats ist beschlossen worden, die Weihnachtsmesse, die von der Geschäftswelt stark angefeindet wird, abzubalten. Eine Umfrage hat ergeben, daß nicht alle Geschäftsleute für die Aufhebung der Messe sind. Durch die Abhaltung der Messe werde viel Publikum in die Stadt gezogen.

Aus dem Lande

Leonberg, 22. Juli. Gaurunfest. In den Tagen vom 26. und 27. Juli findet in hiesiger Stadt das Gaurunfest des Turnaus Groß-Stuttgart statt. Für die Bewältigung des Verkehrs ist sowohl von der Reichsbahn, als auch vom Autobus-Verkehrsverband Stuttgart Vorkehrung getroffen.

Walheim a. N. O. Bessheim, 22. Juli. Ehrung eines Wohltäters. Am Sonntag wurde die „Beznerschule“ (Kleinkinderschule) in Anwesenheit des Stifters Oskar Friedrich Bezner (Neuwirt) eingeweiht. In feierlicher Festigung des Gemeinderats wurde Bezner unter Ueberreichung einer von Kunstmaler Otto Dieterle hier gefertigten Urkunde zum Ehrenbürger der Gemeinde Walheim ernannt und die Rathausstraße in Beznerstraße umgenannt.

Derdingen O. Maulbronn, 22. Juli. Tödlicher Unfall. Der 24 J alte Wolf Jppich von hier, der bei Blumenwirt Etlinger in Bretten als Kraftwagenführer angestellt ist, verunglückte nachts auf der Straße Bretten—Bauschlott, unmittelbar vor Bretten am Hobern in einer Kurve tödlich. Er fuhr mit seinem Wagen auf einen Baum, und es wurde ihm der Brustkorb eingedrückt. Jppich stand vor der Verheiratung.

Heubach, 22. Juli. Einweihung des Hindenburgdenkmals. Am Schillerweg wurde gestern das Hindenburg-Denkmal eingeweiht. Ein etwa 35 Zentner schwerer wuchtiger Dolomit, eingefast in einen Rahmen und Umbau aus Juragestein, trägt in seiner Mitte eine

wohlgeformte Plakette aus Bronze — das Brustbild Hindenburgs. Darunter befindet sich eine Marmortafel mit der Aufschrift: „Alle Deutschen mögen sich über die Fragen der Parteien hinweg zu gemeinsamer Arbeit die Hände reichen“ (Näherung des greisen Reichspräsidenten an das deutsche Volk), ferner: „Paul Hindenburg, Generalfeldmarschall und Präsident des Deutschen Reichs“.

Crailsheim, 22. Juli. Feuerwehr-Kreistag. Letzten Sonntag fand hier unter dem Vorsitz von Bezirksfeuerlösch-Inspektor Weid-Crailsheim eine Kreistagung des Württ. Landesfeuerwehrverbands vom Jagstkreis statt, die sehr zahlreich besucht war.

Wiefenbach O. Gerabronn, 22. Juli. Bei der Ortsvorsteherwahl wurde Schultheiß Stämpfig mit 436 von 442 abgegebenen gültigen Stimmen wiedergewählt. Die Wahlbeteiligung betrug 70 Prozent.

Eningen u. N. O. Neutlingen, 22. Juli. Bei der Ortsvorsteherwahl entfielen auf Ratsschreiber Maier von hier 2431 Stimmen, seine Gegenkandidaten Bauer und Bollmer mußten sich mit 264 und 107 Stimmen begnügen.

Tübingen, 22. Juli. 60-jähriges Bestehen des Corps Borussia. Von den 400 Mitgliedern des Königl. Corps Borussia in der schwäbischen Landesuniversität Tübingen, die im Jahr 1927 auf ein 450-jähriges Bestehen zurückblicken konnte, werden viele mit ihren Damen aus allen Teilen Deutschlands das 60. Stiftungsfest ihres Corps vom 26.—28. Juli feiern. Die Borussia zu Tübingen ist im Jahr 1870 von zehn preussischen Studenten mit dem Zweck ins Leben gerufen worden, den deutschen Einheitsgedanken zu stärken.

Schramberg, 22. Juli. Brand. Im Anwesen des Richard Braun, der erst vor einem Jahr daselbst käuflich erworben hat, brach Feuer aus. Das Gebäude ist bis auf das unterste Stockwerk abgebrannt. Vom Mobiliar konnte der größte Teil gerettet werden, auch das Vieh wurde in Sicherheit gebracht. Von der Hühnerfarm mit etwa 200 Tieren wurde nur die Hälfte gerettet.

Schweningen a. N., 22. Juli. Amtseinführung. Am Samstag wurde im Rathausaal der neue Stadtvorstand, Dr. Gönnewein, in sein Amt eingeführt, nachdem 3½ Monate lang Gemeindevater Matthias Veig das Stadtschultheissenamt verwaltet hatte.

Allmendingen O. Eningen, 22. Juli. Schwerverleht. Letzten Sonntag abend ging die 21-jährige in Stuttgart in Dienst stehende Rosa Strohmaier von Allmendingen mit ihrer Mutter Spazierend, als sie von zwei ohne Licht fahrenden Kablern niedergefahren wurde. Mit einer starken Gehirnerschütterung mußte sie ins hiesige Krankenhaus verbracht werden.

Mulendorf, 22. Juli. Pfarrkonferenz. Western wurde die Pfarrkonferenz der beiden oberschwäbischen Kirchenbezirke Biberach und Ravensburg im hiesigen Gemeindefaal abgehalten. Stadtpfarrer Vic. Dr. Henne-Riedlingen hatte Leitfäden über den Ursprung der Sünde aufgestellt. Dekan Scheuren-Biberach führte den Vorsitz.

Fleischwaren O. Sargau, 22. Juli. 70. Priesterjubeläum. An Laurenti d. J. feiert hier der Subelpriester Pfarrer a. D. Stert sein „Eisernes (70.) Priesterjubeläum“ in einem Alter von 95½ Jahren.

Leutkirch, 22. Juli. Schlangenhiß. Als die Familie des Schlossermeisters Reich, Vorarbeiter bei der Fr. a. R. Neuner hier, am Sonntag beim Beerenlesen durch das Haubacher Moos (bei Jany) ging, wurde die Frau und unmittelbar nachher das Töchterchen von einer schwarzen Wiper in die Wade gebissen. Sie hatten die Schlange nicht bemerkt und hatten sie getreten. Durch sofortige sachgemäße Behandlung der Wunde (Auswaschung und Auswischen) und durch baldiges Aufsuchen des Arztes wurde Schlimmeres verhindert. Es handelte sich um eine junge, etwa 40 Cm. lange Wiper. Sie wurde nachher mit dem Stock erschlagen.

Wurzach O. Leutkirch, 22. Juli. Eröffnung der Gewerbechau und Bezirkskriegertag. Am Samstag fand in Anwesenheit zahlreicher Ehrengäste die Eröffnung der Gewerbeausstellung in der städtischen Turnhalle statt. Die Besucherzahl betrug am ersten Tag 1400. Am Sonntag tagte im Städtchen ein Bezirkskriegertag mit Festgottesdienst, Gefallenenehrung und Festzug, wozu der Präsident des Württ. Kriegerbundes, General von Maur, persönlich erschienen war.

Reichenhofen O. Leutkirch, 22. Juli. Altarweihe. Bischof Dr. Sprall weihte drei neue Altäre der hiesigen Kirche ein. Die Altarplatten aus Marmor sind eine Stiftung des früheren Bischofs Pfarzers Rörpel, eines der Ältesten

Hohenegg und seine beiden Frauen.

Roman von Gert Rothberg

Und die junge Frau schloß erschauernd die Augen und sprach in sich hinein:
„Nur die Pflicht, Georg, keine Liebe, nein, nein, keine Liebe.“

Und als Hanna die Augen wieder aufschlug, sah sie gerade hinein, in das schöne offene Gesicht ihres Mannes. Wie dunkle Bronze leuchtete dieses Gesicht, aus dem sich die blauen Augen so felsam hervorbogen. Ihr Herz tat einen schweren Schlag. Warum war er so gut zu ihr? Sie hätte all das Qualvolle leichter ertragen, wenn er zornig und auch verschlossen gewesen wäre. Aber seine Güte, seine Liebe ertrug sie nicht. Denn hinterging sie ihn nicht mit jedem Gedanken, jedem Atemzug?

3. Kapitel.

Sehr still waren die Weihnachtstage vorübergegangen. Stine hatte dem Personal im Schloß und den Leuten im Wirtschaftshaus drüben beschert. Sehr reichlich war die Bescherung ausgefallen. Die Leute waren sehr zufrieden mit ihren Geschenken und freuten sich dann noch unter sich weiter. Stine, die sich entfernte, hörte noch ihr fröhliches Sprechen und nun erkündeten auch schon wieder. Sie beschleunigte ihre Schritte. Drüben sah sie dann in ihrem Lieblingszimmer, das sie sich mit altmodischer Pracht eingerichtet hatte, am Fenster lang bis zum Park hinzog. Auf dem Sims, wo im Sommer verschwenderisch bunte Geranien blühten, sah ein kleiner grauer Vogel mit rotem Lächeln

und pickte die Brokrumen auf, die die Hände Stines dem kleinen Tierchen Tag für Tag streuten. Im Ofen knisterten die harten Buchenscheite und verbreiteten wohlige Wärme. In der Röhre des alten, grünen Kachelofens schmorten ein paar Bratäpfel und verbreiteten einen appetitlichen Geruch im Zimmer.

Stine stützte den Kopf in die Hände und träumte ein Weilchen von der Bergangenheit. Nicht lange gönnte sie sich Ruhe, dann holte sie sich den Korb mit der heimlichen Arbeit hervor. Liebevoll betrachtete sie all die zarten Säckchen, das Werk so vieler einsamer Stunden. Hanna dachte an all das nicht, nun, so mußte sie, Stine, eben die Sorge auch noch mit auf sich nehmen. Sorge? Nein!

Stine freute sich unsagbar auf den kleinen Erdenbürger. Wenn es doch ein Junge sein würde, ein wilder draufgängerischer Bursche, der mit seinem Geschrei das alte Schloß zu neuem Leben erwecken mußte.

Drüben in ihrem Wohnzimmer sah Hanna auf ihrem Lieblingsplatzchen und Joachim ihr gegenüber. Sie war heute sehr gesprächig. Immer wieder fing sie von der Reise an und Joachim freute sich, daß sie endlich einmal ein wenig aus sich herausging.

Zur Silvesterfeier waren sie zu Saffewitz eingeladen, wo seit Jahren sämtliche Rittergutsbesitzer der Umgegend zusammenkamen, um hier im fröhlichen Verein das alte Jahr zu verabschieden und das neue zu begrüßen.

Hoheneggs hatten abgesetzt und man wohl nicht sonderlich erstaunt über die Absage. Konstantine Hohenegg fehlte natürlich ihren alten Bekannten in erster Linie. Wie lachte man stets herzlich über ihre derben Äußerungen. Die älteren Damen konnten es dem jungen Schloßherrn von Hohenegg noch immer nicht ganz verzeihen, daß er sich eine

Frau aus einem fremden Kreis geholt. Waren nicht hier auch genug hübsche, zunge Mädchen, und Joachim Hohenegg hätte wohl nirgends einen Korb bekommen. Aber na, es war nun nicht mehr zu ändern, leider. Aber ganz beruhigen konnten sich die guten Seelen noch nicht und man zog noch ein bißchen über die jetzigen Verhältnisse in Hohenegg her. Ganz harmlos natürlich, aber es gewährte doch immerhin einen gewissen Nerventzettel. Die Herren beteiligten sich weniger daran. Sie hatten sich in einer gemütlichen Ecke zusammengesunden, und probierten hier ausgiebig einen Runsch, der nach Aussage des verwitweten Herrn von Regow Tote erwecken konnte. Es dämmerte schon der Morgen, als die Schlitzen vorkuhren, um die Gäste nach Hause zu bringen.

In Hohenegg hatten die drei ein paar trauliche Stunden verbracht. Als Konstantine sich zurückgezogen, war Joachim noch ein Weilchen im Wohnzimmer seiner Frau geblieben. Als er aber in ihren Augen eine leise Ermüdung sah, stand er sofort auf. Hanna brauchte viel Schlaf, der Arzt hatte es verordnet. Er beugte sich zu ihr und half ihr beim Aufstehen.

„Ihr richtet euch zu viel nach mir,“ sagte Hanna leise, „Ihr habt gewiß früher fröhlichere Silvester gefeiert und heute mußte es euch bestimmt zu einsam und ruhig sein.“

Joachim sah in die dunklen Augen und eine tiefe Freude war in ihm. Er küßte sie leise und innig. Sie ließ es geschehen. Ihr kleiner Mund blieb geschlossen, als sie den Kuß kaum merkbar erwiderte.

(Fortsetzung folgt.)

Hypotheken-Gelder - Baukredite
sach und billig durch
ELLWANGER & GEIGER, BANKGESCHÄFT
Stuttgart, Calwerstraße 10, Ecke Lindenau. Telefon 25451-54

Geistlichen der Diözese. Unter den Ehrengästen war auch Fürst Erich von Waldburg-Zeil.

Vom Bodensee, 22. Juli. Der Dampfer „Lindau“, der auf der Werft in Lindau in einen Salondampfer umgebaut wird, geht seiner Vollendung entgegen. Es wird u. a. ein Hochdeck eingebaut. Das Schiff dürfte Anfang August in Betrieb genommen werden.

Der Bodenseewasserstand ist nach den Regentagen wieder um 12 Zentimeter gestiegen. Der Pegel zeigte gestern 4,19 Meter.

Vom bayerischen Allgäu, 22. Juli. Edelweiskräuter. Bei einer Streife der Gendarmen wurden im Gebiet der Höfats sechs junge Burchen aus Ostschwang festgesetzt und ihnen nicht weniger als 500 Stück Edelweisse abgenommen, die sie in Säcken und teils in den Kleidern versteckt hatten.

Tragisches Ende. Der Mag Joseph Ritter Oberst v. Düwell, Vorsitzender des Bunds der Jäger-Jäger, kam am Sonntag an den Festlichkeiten für die Einweihung des Ehrenmals für die gefallenen 1. Jäger in Kempten teil. Am Montag früh wurde er im Hausflur der Wohnung seiner Schwägerin, wo er Quartier genommen hatte, tot mit einem Schädelbruch aufgefunden. Oberst v. Düwell ist vermutlich bei der Heimkehr vom Fest über das Treppengeländer vom ersten Stock in den Hausflur hinuntergestürzt.

Reutlingen, 22. Juli. Eine Mißbilligung für Bazille. Die Ortsgruppe Reutlingen der Deutschen Nationalen Volkspartei hat in ihrer gestern stattgehabten Ausschusssitzung einstimmig folgenden Beschluß gefaßt: Die Ortsgruppe Reutlingen der Deutschen Nationalen Volkspartei mißbilligt aufs schärfste die Haltung des Abgeordneten Bazille im Reichstag und spricht dem Parteivorstandenden Hugenberg ihr volles Vertrauen aus mit dem Gelöbniß unbedingter Gefolgschaft.

Tübingen, 22. Juli. Räuber Fuchs. In Waldhausen hat ein Fuchs eine brünnende Wauhenna überfallen und sie samt den Eiern aufgegriffen.

Höfen a. E. O. A. Neuenbürg, 22. Juli. Der Hund unter dem Motorrad. Auf der Straße zwischen Calmbach und Höfen verunglückte gestern morgen der Dipl.-Ingenieur Mettler, der bei der Straßen- und Wasserbauverwaltung Calw angestellt ist und die Bauarbeiten bei der Straßenerweiterung Gachbrücke-Neuenbürg leitet, mit seinem Motorrad dadurch, daß ihm ein Hund ins Fahrzeug lief. Mettler stürzte und erhielt an beiden Händen, namentlich aber im Gesicht bedeutende Schürfwunden. So daß er ärztliche Hilfe in Anspruch nehmen mußte. Der Hund mußte seine Unvorsichtigkeit mit dem Leben bezahlen.

Truchtlingen O. A. Balingen, 22. Juli. Einbruch im Bahnhof. Vergangene Nacht wurde auf dem hiesigen Bahnhof ein Einbruchversuch unternommen. Der Täter drang durch den Güterschuppen in das Büro ein und versuchte mittels eines Brechwerkzeugs die Kasse zu öffnen. Die Widerstand jedoch allen Anstrengungen und der Dieb mußte enttäuscht sein unglückliches Handwerk einstellen.

Rochendorf O. A. Neckarfulm, 22. Juli. Schwere Mordtat. Heute morgen zwischen 4 und 5 Uhr hat der 78 J. a. Witwer Wilhelm Arnold in Rochendorf seinen 23 J. a. Sohn Eugen mit einem feststehenden Messer (Stiletmesser) erstochen. Da der Sohn Eugen erst morgens betrunken nach Hause kam, gab es zwischen den beiden einen Wortwechsel. Der Vater hatte im Kopf, Rücken, Brust und Arm aufammen 7-8 Stiche. Die beiden hatten schon längere Zeit fast tagtäglich miteinander Streit. Der Sohn hat vor einigen Tagen seinem Vater gedroht, er wolle ihm den Hals abschneiden. Der Vater arbeitete in den Fahrzeugwerken hier und hat arbeitslos seinen Verdienst für sich ganz verbraucht, außerdem hat er auch seinem Vater die da Geld genommen. Der Vater Arnold wurde verhaftet.

Die Stellungnahme der Württ. Bürgerpartei

Am 22. Juli. In einer Versammlung der Bürgerpartei in Ulm erklärten sich Abg. Dr. Hölcher und Landgerichtsdirektor Dr. Kirchgeorg, der Vorsitzende der Ortsgruppe Ulm und des Kreisvereins Oberschwaben, unter lebhaftem Beifall entschieden für das Festhalten an der Deutschen Nationalen Volkspartei unter Führung Dr. Hugenbergs, dessen Politik im Interesse des deutschen Bürgertums, der deutschen Wirtschaft und der deutschen Landwirtschaft unbedingt geboten sei. Nur in einer entschiedenen Abkehr von dem bisherigen System sei die Möglichkeit einer Rettung zu erblicken. Der Landesvertretertag der Deutschen Nationalen Volkspartei, der am Sonntag, den 27. Juli, in Stuttgart stattfindet, werde Klärung bringen, und es sei kein Zweifel, daß die übergroße Mehrheit der Partei eine Politik der Klarheit und Festigkeit fordern und an der Deutschen Nationalen Volkspartei festhalten werde. Ein Vorschlag, die Württ. Bürgerpartei solle eine selbständige Partei werden, fand keine Unterstützung.

Dr. Hölcher betonte besonders, in Deutschland sei den Katholiken das Baktieren mit der atheistischen Sozialdemokratie verboten, in Preußen aber mache das Zentrum mit den Sozialdemokraten immer noch gemeinsame Sache. Es sei ein Unbild, im Reich bürgerliche Politik zu machen, die dann vom roten Preußen sabotiert werde. Warum sollte in Preußen nicht möglich sein, was in Württemberg seit Jahren sehr zum Vorteil des Landes möglich ist, nämlich die Ausschaltung des Marxismus durch ein Zusammengehen des Zentrums mit der Rechten. Um die drei Führer Dr. Hugenberg, Franz Seidte und Adolf Hiltner müsse sich die nationale Opposition scharen und sie zu einer machtvollen Gemeinschaft vereinigen. Es sei bedauerlich, daß der Landtag diese Notwendigkeit nicht erkannt habe. Schiesse Verlust, die „Grüne Front“ an die Spitze zu bringen, sei gescheitert.

Schwäbisch-bayerisches Jugendtreffen

Am vergangenen Sonntag fuhren 2250 Württemberger in Sonderzügen nach Augsburg zum Schwäbisch-bayerischen Jugendtreffen. Das ganze Land von Ravensburg bis Mergentheim war vertreten. Nach einer kurzen Begrüßung durch die Führer, Stadtpfarrer Böcker und Decker aus Stuttgart, vereinigte sich die württembergische mit der bayerischen Jugend zu einem riesigen Festzug. Es dauerte geraume Zeit, bis die riesigen Massen — es mögen gegen 5000 gewesen sein — sich auf dem Platz vor dem alterwürdigen Ulrichsmünster gesammelt hatten. Hier fand eine öffentliche Kundgebung statt, die durch einen Besamendoch eröffnet wurde. Dann ergriff Pfarrer Kietzmüller in Berlin das Wort. Was will unsre Kundgebung? Sie soll nicht eine Demonstration gegen die

Werte sein, sondern die Feier einer Gemeinde an heiliger Stätte. Nach einem gemeinsamen Gesang sprach er wieder, vom Bekenntnis der Väter und dem Bekenntnis der Jugend. Seine Worte fanden ein Echo in den gemeinsam von der Jugend gesprochenen Votungen und dem im Wechsel zwischen Würtemberg und Bayern gesungenen Lutherlied. Zum Schluß gab Pfarrer Kietzmüller der Jugend ein dreifaches Geleitwort mit, worauf sich nach Chorangesang die Versammlung auflöste. Der Nachmittag war ausgefüllt durch das Festspiel von Schieder und einen Festgottesdienst in der Annakirche. Im Gottesdienst, der wie das Festspiel doppelt gehalten werden mußte, predigten Kirchenrat Mauch-Ludwigsburg und Direktor Mühner-Karlsruhe. Rasch ging's dann wieder zum Bahnhof, wo schon die Sonderzüge zur Abfahrt bereitstanden.

Betriebsunfall auf dem Bahnhof Scheer

Die Reichsbahndirektion Stuttgart teilt mit: Am Dienstag, 22. Juli, nachmittags 12.01 Uhr ist der Eilzug 387 Ulm-Freiburg bei der Einfahrt in den Bahnhof Scheer bei Sigmaringen infolge falscher Weichenstellung auf das Ausladegleis geraten und dort auf eine Gruppe beladener Güterwagen aufgefahren. Dabei sind 15 Reisende durch Schürfwunden leicht verletzt worden. Drei beladene Güterwagen wurden stark beschädigt. Die Lokomotive ist infolge des Luftstoßes mit der vorderen Laufachse entleert. Der Bahnarzt von Mengen war sofort zur Stelle und legte mit einem zufällig im Eilzug befindlichen weiteren Bahnarzt den Leichtverletzten Notverbände an. Sämtliche Reisenden konnten die Fahrt mit dem gleichen Zug, den eine von Sigmaringen herbeigerufene Lokomotive übernahm, mit 30 Minuten Verspätung fortsetzen.

Lokales.

Wildbad, den 23. Juli 1930.

Sitzung des Gemeinderats am 22. Juli 1930.

Anwesend: Vorsitzender und 15 Mitglieder. In der heutigen Sitzung erfolgte die Beratung und Feststellung des Voranschlags des Gemeindehaushalts für 1930. Der Vorsitzende, Stadtschultheiß Baegner, machte hierzu folgende Ausführungen:

Der Voranschlag für 1930, der Ihnen am 15. Juli zur Prüfung übergeben worden ist, und der heute zur Beratung steht, gibt kein erfreuliches Bild, ebenso wenig erfreulich wie die Voranschläge aller anderen Städte und Gemeinden des Landes.

Bei Beschnidung der Ausgaben auf das Allernötigste war es zwar möglich, die Gesamtsumme der Ausgaben von 1 110 440 RM. im Jahre 1929 auf 1 100 930 RM. für 1930 herabzudrücken; durch das Sinken der Einnahmen aus dem Gemeindevermögen und den städtischen werbenden Anlagen wurde dies aber mehr als aufgewogen. Die Gesamtsumme der Einnahmen beträgt 1930 783 560 RM. gegen 829 240 RM. im Vorjahr. Der Abmangel erhöht sich somit von 281 200 RM. im Jahre 1929 auf 317 870 RM. im Jahre 1930.

Es ist nicht zu bestreiten, daß die schwierige Lage der kleineren Städte und Gemeinden in erster Linie der Steuerpolitik des Reiches und der Länder zuzuschreiben ist. Wenn den Städten und Gemeinden die Steuerquellen entzogen und ihnen gleichzeitig ungeheure Lasten aufgebürdet werden, ist dies nicht anders zu erwarten. Die Gegenüberstellung einiger Ziffern aus den Voranschlägen von 1913 und 1930 beleuchtet dies am besten: Amtsförperschaftsumlage 1913 26 251 M., 1930 79 390 M., Fürsorgelasten 1913 8 500 M., 1930 22 400 M., Straßenbaukosten 1913 35 800 M., 1930 86 700 M. usw. Die bisherige Regelung durch den Finanzausgleich, d. h. Einziehung der Steuern durch das Reich und Verteilung auf die Länder und Gemeinden muß geändert werden, wenn die Gemeinden wieder zu gefunden Finanzen gelangen sollen. Die Gemeinden müssen, nachdem die Ertragssteuer keine weitere steuerliche Belastung ertragen, entlastet werden und es müssen ihnen weitere Steuerquellen, über die sie selbst verantwortlich beschließen können, zugewiesen werden. Ob die Kopfsteuer und Gemeindeverkehrssteuer sich hierzu eignen, erscheint mehr als fraglich. — Viel richtiger wäre es, den Gemeinden sofort einen Teil der Schullasten, der Fürsorgelasten und der Straßenunterhaltungskosten abzunehmen. Recht bedenklich und bedauerlich ist es, daß das Reich sich auch noch ansieht, die im Notopfer liegende Kürzung der Gehälter der Gemeinde- und Körperschaftsbeamten in die eigene Tasche zu stecken. Wenn die Gehälter — sei es im Wege des Notopfers oder des Abbaues — gekürzt werden, so muß dies zu Gunsten der Gehälter zahlenden Verwaltungen, nicht des Reiches, erfolgen.

In recht kritischer Zeit erfolgt heute unsere Voranschlagsberatung. Der Reichstag ist aufgelöst, weil er, wie von Berlin aus verständigt wird, die Mittel verweigert hat, deren das Reich zur Durchführung seiner Aufgaben bedarf. Hätte das Reich, statt nach Steuern zu suchen, nach dem Beispiel vieler Städte sich ernstlich mit einer Beschnidung seiner Ausgaben beschäftigt, so hätte die Auflösung des Reichstags, die eine neue Störung der Wirtschaft, namentlich die der Bäder und Kurorte bringt, vermieden werden können. Dabei erscheint es zweifelhaft, ob im neuen Reichstag bei dem jetzigen Proporzwahlsystem eine tragfähige Mehrheit zu Stande kommt. Wir bekommen insoweit keine besseren Zustände, bis nicht jeder Wahlkreis wieder seinen eigenen Abgeordneten wählt, der ihm für sein Tun und Lassen verantwortlich ist.

Bezüglich einzelner Positionen des Voranschlags für 1930 ist zu bemerken:

Die Einnahmen aus den Stadtwaldungen, immer noch der wichtigste Posten des Voranschlags, konnten heuer beinahe im vorjährigen Betrag eingestellt werden. In Voraussicht des durch den Preissturz der Hölzer zu erwartenden großen Einnahmeausfalls wurde die Nutzung möglichst nach der Marktlage eingestellt, d. h. es wurden die Holzgattungen gehauen, die den besten Erlös versprachen und gute Abfuhr hatten, die Durchforstungen wurden eingeschränkt, die Wegunterhaltungskosten und Kulturkosten wurden auf das Nötigste herabgesetzt.

Außerdem wurde ein höheres Nutzungsquantum als im Vorjahr eingestellt. Bei der Zwischenrevision des Waldwirtschaftsplanes für die Jahre 1924-33 wurde zufolge Erlasses der Körperschaftsforstdirektion vom 22. Januar 1930 eine jährliche Nutzung von 9575 Fm. als zulässig genehmigt. Durch diese Maßnahmen war es möglich, einen Teil des durch den Preisrückgang entstandenen Ausfalls auszugleichen bzw. diesen nicht allzuscharf sich für 1930 auswirken zu lassen. Bis jetzt sind für 1930 Erlöse für Langholz 150 380 M., für Brennholz 12 136 M., für Kleinnugholz 2586 M., zusammen: 165 102 M. Inwieweit dies auch für 1931 und die folgenden Jahre möglich sein wird, läßt sich nicht voraussehen.

Gebäudebesitz:

Der wertvolle Gebäudebesitz der Stadt (22 Wohnhäuser neben 7 öffentlichen Gebäuden) stellt einen beträchtlichen Teil des Gemeindevermögens dar. Die Mietzinse konnten 1930 nur mit 32 500 M. gegen 38 600 M. im Vorjahr in den Voranschlag eingestellt werden, da ein Teil der Mietzinse nicht beigetrieben werden kann. Andererseits wurden für die Unterhaltung der Gebäude nur 22 800 M. gegen 28 530 M. im Vorjahr eingestellt. Die Unterhaltung muß heuer, nachdem in den letzten Jahren große Aufwendungen auf die Gebäude gemacht wurden, auf das Nötigste beschränkt werden.

Gasfabrik.

Der Gasverbrauch hat im vergangenen Jahr nicht zugenommen, sondern ist etwas zurückgegangen. Eine Folge der wirtschaftlichen Not, die jedermann zum Sparen, auch beim Gasverbrauch, zwingt. Die Einnahmen aus der Gasfabrik mußten deshalb bei geringer Steigerung der Ausgaben um 7800 M. niedriger in den Voranschlag eingestellt werden.

Elektrizitätswerk.

Auch hier ist eine Abnahme des Stromverbrauches und damit ein Sinken des Überschusses eingetreten. Die Gesamteinnahmen konnten nur mit 152 300 M. gegen 160 000 M. im Vorjahr eingestellt werden, während die Ausgaben ungefähr gleich blieben, so daß sich ein Überschuß von 45 100 M. errechnet, gegen 52 100 M. im Vorjahr. Durch den Anschluß an Teinach sollte es möglich sein, das Personal des Elektrizitätswerks um 1-2 Personen zu reduzieren, wodurch sich der Anschluß wirtschaftlicher auswirken könnte.

Wasserwerke.

Durch den Bau der neuen Rohwasserleitung, der Rohrleitung und der Pumpwerke für den Sommerberg hat sich das in den Wasserwerken angelegte Kapital um etwa 130 000 M., der Zinsendienst hierfür um über 10 000 M. erhöht, während die Einnahmen beinahe gleich geblieben sind: 1930 19 000 M., 1929 18 000 M., bei 8500 M. Ausgaben. Die am 25. August 1926 beschlossene Herabsetzung des Wasserzinses von 20 % auf 10 % je Kubikmeter war daher überflüssig und kann nicht aufrecht erhalten werden. Die Wasserzinsse der meisten Städte des Landes bewegen sich zwischen 20 bis 30 % je Kubikmeter. Mergentheim z. B. stellt in seinem Voranschlag die Summe von 50 000 M. für Wasserzins ein.

Schlachthaus.

Auch hier stehen die Einnahmen nicht mehr im Verhältnis zu den Ausgaben. Einnahmen 8150 M. (Vorjahr 8050 M.), Ausgaben 8300 M. (Vorjahr 8200 M.). Eine auch nur geringe Verzinsung des Anlagekapitals fehlt vollständig. Wildbad hat die billigsten Schlachthausgebühren des Landes. Mergentheim z. B. hat 32 000 M. Schlachthausgebühren in den Voranschlag eingestellt. An der Hand von Erhebungen bei anderen städtischen Schlachthäusern muß in Bälde eine Neuregelung der Schlachthausgebühren, sowie der Fleischbeschau, und Trichinenschlaggebühren erfolgen, zumal bauliche Reparaturen (Anstrich des Schlachtraums, Erneuerung der Eismaschine usw.) bevorstehen.

Schulen.

Die Ausgaben für die Schulen, für Erziehung und Bildung belaufen sich 1930 auf 92 690 M. gegen 91 516 M. im Vorjahr. Die Einnahmen an Schulgeldern usw. auf 13 330 M. (Vorjahr 13 100 M.), der Gesamtaufwand somit auf 79 360 M. Ein Gesuch um einen Staatsbeitrag zu den Lehrergehältern war auch 1929 erfolglos. Das Gesuch wird für 1930 wieder eingereicht werden. Man sollte glauben, daß bei einem Schulaufwand von über 15 M. pro Kopf der Bevölkerung ein Staatsbeitrag bewilligt werden muß.

Die Realschule

mit ihren 6 Klassen kostet jährlich 26 200 M.; nach Abzug von 7300 M. Einnahmen an Schulgeldern noch 18 900 M., bei 104 Schülern hat die Stadtkasse somit trotz des als hoch empfundenen Schulgelds noch 180 M. für einen Schüler aufzubringen. Hiezu kommen noch die beträchtlichen Leistungen der Staatskasse an Lehrergehältern. Bei den guten Leistungen unserer Realschule und den durch sie unseren Kindern gebotenen Ausbildungsmöglichkeiten ist dieser Ausgabenteil nicht zu beanstanden.

Die Volksschule.

Mit der Einführung des 8. Schuljahrs erfordern die Gemeindeforderungen zu den Lehrergehältern 35 388 M., die Lernmittel, Heizung, Beleuchtung und Sonstiges 14 715 M., zusammen 50 103 M. Es ist anzuerkennen, daß Rektorat und Lehrerschaft in ihren Anforderungen an die Stadtkasse dem Gebot der Sparsamkeit Rechnung tragen und jede unnötige Ausgabe zu vermeiden suchen. Unsere Volksschule ist jetzt mit ihren Einrichtungen und Leistungen auf einer beachtenswerten Höhe angelangt, was auch von den Aufsichtsbehörden anerkannt wird.

Die Aufwendungen für die Frauenarbeitschule, die Haushaltungsschule und die Gewerbeschule halten sich auf der Höhe des Vorjahrs. Auch von ihnen kann bis jetzt nur Günstiges berichtet werden.

Straßen und Wege.

Die Straßen und Wege, deren gute Instandhaltung in einem Badeort erstes Erfordernis ist, beanspruchen infolge des außerordentlich starken Autoverkehrs steigende Aufwendungen. Für 1930 sind 86 700 M. in den Voranschlag eingestellt gegen 83 000 M. im Vorjahr. Die Aufwendungen für die Waldwege mit 13 000 M. sind hierbei nicht eingerechnet. Die als Durchgangsstrecken der Staatsstraße Pforzheim-Freudenstadt dienenden, vom Autoverkehr besonders stark beanspruchten Wilhelmstraße u. König-Karlstraße erfordern alljährlich besonders hohe Aufwendungen. Es wäre nicht mehr als billig, daß die Staatsstraßenverwaltung hiezu fortlaufende Beiträge gibt oder die Strecken ganz in ihre Unterhaltung übernimmt. Das Gesuch um Erbauung einer Umgehungsstraße von der Papierfabrik bis zum Windhof hatte bis jetzt keinen Erfolg.

Werbung für das Bad.

Bekanntlich teilen sich die staatlichen Bäderverwaltung und die Stadtgemeinde je hälftig in die Tragung der Werbungskosten für das Bad. Bei dem scharfen Wettbewerb unter den deutschen Bädern und der großen Konkurrenz der ausländischen Bäder mußte die Werbung auch heuer im Umfang des Vorjahrs fortgesetzt werden. Es sind 1930 wie im Vorjahr für diesen Zweck 39 000 M. in den Voranschlag eingestellt, die in der Hauptsache schon ausgegeben sind. Eine Herabsetzung dieser Ausgabe kann nicht verantwortet werden, da, wie Sie wissen, unser ganzes heftiges Geschäftsleben vom Ausfall der Badesaison abhängig ist; viel eher müßte, wenn es die Verhältnisse erlauben würden, eine Erhöhung des Reflektationsaufwands angestrebt werden. Unter den 39 000 M. ist auch der Zuschuß an den Kurverein mit 4000 M. enthalten. Dem Aufwand von 39 000 M. stehen übrigens 28 000 M. Anteil an der Kurtage in der Einnahme gegenüber.

Sie sehen, meine Herren, daß jede Ausgabenziffer einer genauen Prüfung unterzogen wurde, ob nicht Abstriche gemacht werden können. Der Voranschlag ist unter Wahr-

